

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration			26. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 23.08.2018	Sitzungsbeginn: 15:20 Uhr	Sitzungsende: 16:20 Uhr	Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Frau Senatorin Stahmann bedankt sich, dass die Sitzung der Deputation in dem Gehörlosen- und Blindenzentrum durchgeführt werden kann.

Herr George (Geschäftsstelle des Gehörlosen- und Blindenzentrums) begrüßt die Deputierten und stellt das Gehörlosen- und Blindenzentrum vor.

Herr Möhle eröffnet die Sitzung der Deputation und begrüßt deren Mitglieder, Sachverständige und Gäste.

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018
2. Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018
3. 4. Sachstandsbericht über die Umsetzung der Reform des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (UVG) vom 01.07.2017 im Land Bremen  
**(Vorlage Nr. 118/19)**
4. Ambulantisierung stationärer Wohnangebote für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung  
**(Vorlage Nr. 112/19 in der Sitzung am 14.06.18 ausgesetzt)**
5. Änderung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen  
**(Vorlage Nr. 119/19)**
6. Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. offenen Verwendungsnachweisen 2015  
**(Vorlage Nr. 120/19)**
7. Verschiedenes
  - a) Berichtsbitte der Fraktion der CDU zu den Bearbeitungsrückständen in der Hilfe zur Pflege im Amt für Soziale Dienste Bremen  
**(Vorlage Nr. 121/19)**

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 19.04.2018.

**TOP 2: Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018****Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018.

**TOP 3: 4. Sachstandsbericht über die Umsetzung der Reform des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (UVG) vom 01.07.2017 im Land Bremen (Vorlage Nr. 118/19)**

Frau Senatorin Stahmann berichtet, dass nach der Novelle des Gesetzes für Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen (UVG) sich die entsprechenden Ausgaben der beiden Stadtgemeinden im Land Bremen mehr als verdoppelt hätten. Bremen und Bremerhaven hätten in den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 zusammen noch 6,3 Millionen ausgegeben. Im Vergleichszeitraum 2018 waren es fast 13,8 Millionen. Die Zahl der Leistungsbezieherinnen und –bezieher sei damit in der Stadtgemeinde Bremen von 4.655 (Stand 30. Juni 2017) auf 8.099 in der Stadtgemeinde Bremerhaven von 1.246 auf 2.555 angestiegen. 40 Prozent der Ausgaben würde der Bund, 60 Prozent das Land und die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven tragen.

Die Gesetzesnovelle hätte die finanzielle Lage für viele Alleinerziehende spürbar verbessert. Bei zwei Kindern über zwölf Jahre könnten leicht mehr als 500 € zusätzlich in der Haushaltskasse ankommen. Man müsste aber auch realistisch sagen, dass viele Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen nicht von den Neuerungen profitieren.

Unterhaltsleistungen müssten unter gewissen Voraussetzungen zurückgezahlt werden. Das gelte immer dann, wenn der zahlungspflichtige Elternteil über Einkommen verfügt, aus dem er zur Rückzahlung herangezogen werden könne. In der Regel seien zehn bis zwölf % aller Unterhaltszahlungen in Bremen zurückzuholen. Im ersten Halbjahr 2018 sei dieser Anteil auf sechs % gesunken. Hauptursache sei der Umstand, dass die Zahlungen an die Kinder der Alleinerziehenden sofort einsetzen, die Rückholung aber oftmals erst nach aufwendigen Einkommensprüfungen und mit erheblichem zeitlichem Nachlauf. Im Laufe dieses und des kommenden Jahres soll die Rückgriffquote wieder auf ihren normalen Wert steigen. Darüber hinaus sollen Änderungen der organisatorischen Abläufe in der Behörde mittelfristig dazu beitragen, die Rückgriffquote auf das Niveau der Stadtstaaten Berlin und Hamburg anzuheben. Bremen hätte über die Jahre eine der niedrigsten Rückgriffquoten, die Werte von Berlin und Hamburg schwankten zuletzt zwischen 11 und 19 %. Wesentliche Ursache für die niedrige Quote in Bremen sei die Sozialstruktur des Stadtstaates mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit und vielen Beschäftigten in Teilzeit, Zeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung. Einzelne Bundesländer mit geringer Arbeitslosigkeit und stabilen, sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichten Rückgriffquoten von 33 bis 36 %, der Mittelwert läge bei 21 %.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) merkt an, dass die Novellierung des Gesetzes für die Kinder und betroffenen Frauen ein großer Fortschritt sei, man müsse aber trotzdem noch nachsteuern.

Herr Möhle (Fraktion der SPD) betont, aus sozialpolitischer Sicht hätte man einen großen Schritt gemacht. Es sei ein Unterschied, ob man nicht zahlen will oder nicht zahlen kann. Hier sei Sensibilität gefragt.

Fragen von Frau Ahrens (Fraktion der CDU), Herrn Schröter (soz.erf.Dritter), Herrn Erlanson (Fraktion Die Linke) und Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) werden von der Verwaltung beantwortet.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes im Land Bremen zur Kenntnis.

### **TOP 4: Ambulantisierung stationärer Wohnangebote für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung** **(Vorlage Nr. 112/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein.

Im Anschluss erfolgt eine Diskussion, an der sich Herr Möhle (Fraktion der SPD), Herr Dr. Steinbrück, Frau Grönert (Fraktion der CDU), Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) und Herr Erlanson (Fraktion Die Linke) beteiligen.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

### **TOP 5: Änderung der Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen** **(Vorlage Nr. 119/19)**

Herr Möhle verweist auf die Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt den geänderten Richtlinien für die Förderung der außerschulischen Jugendbildung, der Jugendinformation und der Jugendverbandsarbeit im Lande und der Stadtgemeinde Bremen zu.

### **TOP 6: Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. offenen Verwendungsnachweisen 2015** **(Vorlage Nr. 120/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den vorgelegten Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. offenen Verwendungsnachweisen 2015 zur Kenntnis.

**TOP 7a: Verschiedenes**

**Berichtsbitte der Fraktion der CDU zu den Bearbeitungsrückständen in der  
Hilfe zur Pflege im Amt für Soziale Dienste Bremen (Vorlage Nr. 121/19)**

Frau Grönert (Fraktion der CDU) bedankt sich für den Bericht. Sie merkt an, dass sich die Situation nicht verbessert hätte und bittet darum, in drei Monaten erneut über den Sachstand zu berichten.

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht „Berichtsbitte der Fraktion der CDU zu den Bearbeitungsrückständen in der Hilfe zur Pflege im Amt für Soziale Dienste Bremen“ zur Kenntnis.

---

Sprecher

---

Protokollführerin

# Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 23.08.2018	Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen
---	------------------------	--

## ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:20      Ende der staatlichen Sitzung: 16:20  
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:30      Ende der städtischen Sitzung: 19:30

### Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	<i>Anja Stahmann</i>
Staatsrat Jan Fries	- E -

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	<i>S. Ahrens</i>
Böttcher-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		<i>G. Böttcher-Türk</i>
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	<i>G. Brededorst</i>
Dr. Dr: Buhlert, Magnus (MdBB) FDP		X	<i>Magnus Buhlert</i>
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		<i>Hela Dumas</i>
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		<i>Peter Erlanson</i>
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) B'90/Die Grünen <b>-stellvertr. Sprecherin Land -</b>	X		<i>Sahhanim Görgü-Philipp</i>
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	<i>S. Grönert</i>
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		<i>Petra Jäschke</i>
Krumpfer, Petra (MdBB) SPD		X	<i>P. Krumpfer</i>
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		<i>Helga Lürßen</i>
Möhle, Klaus (MdBB) SPD <b>- Sprecher -</b>	X	X	<i>Klaus Möhle</i>
Dr. Redder, Volker FDP	X		<i>Dr. Volker Redder</i>
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	<i>Alexander Tassis</i>
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	<i>Valentina Tuchel</i>
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	<i>Cindi Tuncel</i>
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen <i>i.V. Pirooznia, Nima (MdBB)</i>		X	<i>Kai-Lena Wargalla</i>
Yildiz, Kebire (MdBB) B'90/Die Grünen <b>-stellvertr. Sprecherin Stadt -</b>	X	X	<i>Kebire Yıldiz</i>

# Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 23.08.2018	Sitzungsort: Gehörlosenzentrum Bremen e.V., Schwachhauser Heerstraße 266, 28359 Bremen
---	------------------------	--

## Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lullapen	Sescha Wack
Birgit Ren Sey	Marianne Sten
Manha Gaur	Maya Frank
pete Kody	Denke Dierl
Koefke	
Annika Barad	
Bärbel Reimann	
Elisabeth Bahlmann	
Sand Schneider	

## Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Jens e. Schröder	soz. erf. Dritte c/o der paritätische
Inge Gräferheigl	
Karin Masluis	Seniorenvertretung
Bertold Reutz	Diak. Werk / JM
Wolfgang Lutz	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Dr. Stemberger	Landesbehindertenbeauftragte
Sofia Leonidakis	<del>Linksfaktion</del>
Mark Jungclaus	KiSchauRe
Holger Beyer	Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

